
Höhere Besteuerung der Reichen: Nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit

AXEL TROOST UND CHRISTOPH SAUER

Axel Troost, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, E-Mail: axel.troost@t-online.de.

Christoph Sauer, Referent für Finanzen und Steuern der Bundestagsfraktion DIE LINKE, E-Mail: christoph.sauer@linksfraktion.de

Eine höhere Besteuerung von Reichen, das heißt derjenigen Personen, die hohe Einkommen beziehen und hohe Vermögen ihr Eigentum nennen, ist für DIE LINKE unabdingbar. Nur so lassen sich mehr soziale Gerechtigkeit, im Sinne einer gleichmäßigeren Verteilung von Einkommen und Vermögen, und mehr Einnahmen für die öffentliche Hand erreichen. Beide Zielsetzungen sind nicht nur aus Gerechtigkeits-, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen geboten. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus der letzten Zeit zeigen, dass die wachsende Ungleichverteilung Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze gekostet hat (zum Beispiel Brenke und Wagner 2013, Van Treek und Sturn 2012). Reiche und Vermögende verwenden von ihrem Einkommen im Vergleich zu den weniger Verdienenden und Besitzenden einen geringeren Anteil für den Konsum und einen größeren Anteil zur Ersparnisbildung beziehungsweise zum Vermögensaufbau. Da der Konsum der privaten Haushalte mit Abstand die wichtigste Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist, schwächte die zunehmende Konzentration von Einkommen und Vermögen am oberen Ende der Verteilungsskala die Binnennachfrage. Der Export als der Wachstumsmotor der letzten Jahre konnte diese Schwächung nicht ausgleichen. Nicht zuletzt hat die wachsende Ungleichverteilung – nicht nur in Deutschland, aber auch in Deutschland – entscheidend zur Finanz- und Eurokrise beigetragen. Die großen Geldsummen in den Händen von wenigen wurden den Finanzmärkten zugeführt, um dort möglichst hohe Renditen zu erzielen. Spekulation und uferloses Profitstreben destabilisierten die Wirtschaft, die Krise war das Ergebnis.

I **Wachsende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen**

Seit über 15 Jahren findet eine Umverteilung von unten nach oben bei den Einkommen statt. Laut Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) sanken die Reallöhne im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 insgesamt um über vier Prozent. Am unteren Ende, bei den ärmsten zehn Prozent der Lohnempfängerinnen und -empfänger sanken sie im selben Zeitraum sogar real um über 19 Prozent (Brenke und Grabka 2011: Tabelle 4). Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen dagegen im selben Zeitraum jedes Jahr um durchschnittlich vier Prozent. Preisbereinigt nahmen diese über den ganzen Zeitraum um knapp 31 Prozent zu (Deutscher Gewerkschaftsbund 2011). Professor Giacomo Corneo beschreibt die Entwicklung der letzten Jahre so:

„Die deutsche Entwicklung ist aber extrem: Die rund 5 000 Haushalte mit den höchsten Einkommen konnten seit Mitte der neunziger Jahre ihren Anteil am Gesamteinkommen um rund 50 Prozent steigern. Die Realeinkommen aller Deutschen sind in dieser Zeit stagniert. Wir erleben eine gewaltige Spaltung“ (Corneo 2011).

Die immer weiter auseinander klaffende Schere bei der Einkommensentwicklung ist auch die primäre Ursache für die ähnlich verlaufende Entwicklung bei der Vermögensverteilung. So verfügen rund zwei Drittel der Bevölkerung über kein oder nur ein sehr geringes Vermögen. Das reichste Zehntel hält dagegen über 66 Prozent und das reichste Prozent 36 Prozent des Geld- und Sachvermögens (Bach und Beznoska 2012). Die wachsende Kluft bei der Vermögensverteilung spiegelt auch die Entwicklung der Vermögensmillionäre wider. Mit 829 000 Millionären erreichten diese im Jahr 2010 eine neue Rekordanzahl. Die Millionäre verfügten in diesem Jahr über ein Gesamtvermögen in Höhe von rund 2 200 Milliarden Euro (ohne eigen genutzte Immobilien), was einem Anstieg um 8,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im Schnitt konnten Millionäre in Deutschland seit 2003 ihr Vermögen um acht Prozent pro Jahr steigern, Milliardäre sogar um zehn Prozent (Valluga AG 2011).

2 **Beitrag der Steuerpolitik der Vergangenheit**

In den vergangenen 14 Jahren sind alle größeren Steuerreformen nach demselben Muster vorgenommen worden. Für Bezieherinnen und Bezieher von niedrigen und mittleren Einkommen gab es bestenfalls Almosen. Demgegenüber durften sich Reiche und Vermögende über zahlreiche kräftige Steuergeschenke freuen. Die hervorstechendsten Beispiele sind: Die Vermögensteuer wurde von allen Koalitionen brach liegen gelassen; Rot-Grün senkte den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent; die Große Koalition führte die Abgeltungsteuer ein, durch die hohe Kapitaleinkünfte steuerlich privilegiert werden. Die von der großen Koalition durchgeführte Reform der Erbschaftsteuer ermöglicht nicht nur die steuerfreie Vererbung von Betriebsvermögen, sondern auch durch entsprechende Gestaltung die von Privatvermögen (Stichwort: Cash-GmbHs); die amtierende schwarz-gelbe Koalition hat diese erbschaftsteuerliche Privilegierung noch weiter ausgebaut. Auch wenn die Steuerpolitik nicht die primäre Ursache für die Schieflage bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen ist, so hat sie diese doch befördert.

Die Folge ist, dass die massiven Einkommenszuwächse am oberen Rand der Einkommensverteilung seit Mitte der 90er Jahre nicht mit einem zunehmenden Anteil am Steueraufkommen

dieser Spitzenverdiener/-innen korrespondierten. Ihr Anteil am Steueraufkommen blieb weitgehend konstant. Ein stark wachsender Anteil am Gesamteinkommen bei gleichzeitig stagnierendem Anteil am Steueraufkommen bedeutet aber nichts anderes, als dass die reale Steuerbelastung der Superreichen in Deutschland gesunken ist (Corneo 2011). Demgegenüber weist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) regelmäßig darauf hin, dass Deutschland im internationalen Vergleich vor allem Geringverdienerinnen und -verdiener sehr hoch belastet (OECD 2012). Die sinkende und geringe Belastung der hohen Einkommen und Vermögen zeigt zugleich, dass die Ungleichverteilung durch das Steuersystem nur unzureichend korrigiert wird. Auch „netto“ wächst die Ungleichverteilung.

Die zahlreichen Steuersenkungen für Reiche und Vermögende, darüber hinaus aber auch für Unternehmen, haben große Löcher auf der Einnahmenseite der öffentlichen Hand hinterlassen. Nach Berechnungen der AG Finanzen der Bundestagsfraktion DIE LINKE summieren sich die Mindereinnahmen allein für den Zeitraum 2000 bis 2011 auf insgesamt 235,5 Milliarden Euro (Höll et al. 2013). Hierbei sind die verfassungsmäßig vorgegebenen Erhöhungen des Kindergeldes und des einkommensteuerlichen Grundfreibetrages bereits herausgerechnet. Neben dem krisenbedingten Anstieg unter anderem durch die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit ist die Ursache für die gestiegene Staatsverschuldung, dass die öffentliche Hand nicht genügend Steuern eingenommen hat.

An dieser Tatsache ändert auch die aktuelle Debatte um die steuerlichen Rekordeinnahmen in den Jahren 2011 und 2012 nichts. Steuerliche Rekordeinnahmen sind, bedingt durch Wirtschaftswachstum und Inflation, nichts Außergewöhnliches. In 52 von 61 Jahren seit Gründung der Bundesrepublik wurden Rekorde bei den Steuereinnahmen erzielt (IMK 2012). Hinzu kommt, dass die Finanzkrise die Steuereinnahmen nachhaltig gebremst hat. Der Arbeitskreis Steuerschätzungen rechnete im Mai 2008 für das Jahr 2012 mit einem kassenmäßigen Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden von über 645 Milliarden Euro. Demgegenüber kalkulierte er in seiner letzten Steuerschätzung von Ende Oktober 2012 nur noch mit gut 602 Milliarden Euro (Bundesministerium der Finanzen 2012).

3 Die öffentliche Hand braucht mehr Einnahmen

Für DIE LINKEN steht außer Frage, dass die öffentliche Hand mehr Einnahmen braucht. Dies ist vor allem aus drei Gründen notwendig: Erstens haben die Steuermindereinnahmen der Vergangenheit zu ökonomisch schädlichen Ausgabenkürzungen geführt. So fahren die Kommunen, als wichtigste Träger der öffentlichen Investitionen, ihre Investitionen, zum Beispiel in Schulen und Straßen, seit Jahren zurück. Die KfW schätzt den dadurch verursachten Investitionsstau auf 100 Milliarden Euro (Spiegel online 2013). Ein zunehmender Verfall der Infrastruktur ist die Folge, was das künftige Wirtschaftswachstum einschränken wird. Zweitens hat die Banken- und Eurorettung bereits jetzt immense Kosten verursacht. Weitere werden folgen, denn noch kann nicht abgeschätzt werden, in welchem Umfang Bürgschaften gezogen und Kredite abgeschrieben werden müssen. Drittens braucht die Volkswirtschaft einen ökologisch-sozialen Umbau, um ein neues nachhaltiges Wirtschaftswachstum anzustoßen, das den Menschen wieder Perspektive und Partizipation ermöglicht.

Die Finanzierung der bisherigen Kosten von Finanz- und Eurokrise erfolgte zunächst überwiegend durch öffentliche Kreditaufnahme. Dadurch stiegen die Staatsschulden sprunghaft an. In Reaktion darauf haben mit Ausnahme der Linken alle im Bundestag vertretenen Parteien der Einführung der ökonomisch unsinnigen Schuldenbremse zugestimmt. Nach den Vorstellungen ihrer Befürworter/-innen soll ihre Einhaltung vorzugsweise über Ausgabenkürzungen erreicht werden. Eine Politik des Schuldenabbaus über Ausgabenkürzungen bewirkt, dass die Schuldenbremse endgültig zur Zukunftsbremse wird. Schulden werden langfristig durch höheres Wirtschaftswachstum reduziert. Ausgabenkürzungen wirken dem entgegen, da sie die ohnehin schon laue Binnennachfrage schwächen. Die Folge sind höhere Arbeitslosigkeit und Reallohneinbußen. Daher muss die politische Antwort auf die Schuldenbremse höhere Steuereinnahmen sein. Letztere können und müssen für DIE LINKE durch eine gezielte höhere Besteuerung der Reichen und Vermögenden erfolgen. Angesichts der seit Jahren ungebremsten Umverteilung von unten nach oben ist dies nicht nur ein Gebot der klammen Kassen, sondern auch eines der Gerechtigkeit. Letzteres betrifft auch die Frage, wer die Kosten der Krise zu tragen hat. DIE LINKE will, dass diejenigen, die durch verantwortungslose Spekulation und maßloses Profitstreben maßgeblich die Krise verursacht haben, auch zur Kasse gebeten werden.

Mit einer gezielten höheren Besteuerung von Reichen und Vermögenden wird nicht zuletzt auch dem fundamentalen Prinzip der Steuergerechtigkeit, der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wieder mehr Geltung verschafft. Durch die zahlreichen Steuerentlastungen der letzten zehn Jahre werden jene nicht mehr in dem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen, wie es der Entwicklung und Höhe ihrer Gewinne und Vermögen entspräche.

4 **Reform der Einkommensteuer**

Die Umverteilung von unten nach oben bei den Einkommen will DIE LINKE durch eine aufkommensneutrale Reform der Einkommensteuer wenigstens stoppen, möglichst aber umkehren. Die Steuerlast soll dabei von unten nach oben verschoben werden. Geringe und mittlere Einkommen werden entlastet, indem der Grundfreibetrag auf 9 300 Euro erhöht sowie der Tarifverlauf in der Progressionszone durchgehend linearisiert wird. Der Spitzensteuersatz soll ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von 65 000 Euro wieder wie zu Helmut Kohls Zeiten auf 53 Prozent erhöht werden. Ein Einkommen über einer Million jährlich (nach Abzug aller Sozialversicherungsbeiträge) wollen wir mit einer Reichensteuer von 75 Prozent besteuern. Im Ergebnis wird jede Person, die weniger als 5 700 Euro pro Monat zu versteuern hat, entlastet. Alle anderen werden belastet.

Ergänzt wird die Tarifreform auf der Ebene der Bemessungsgrundlage durch einen Abbau von Steuervergünstigungen insbesondere für Vermietungseinkünfte und Gewinneinkommen (DIE LINKE 2010).

5 **Abschaffung der Abgeltungsteuer (DIE LINKE 2011)**

Ein elementarer Bestandteil der Reform der Einkommensteuer hin zu einer höheren Besteuerung von hohen Einkommen muss die Abschaffung der Abgeltungsteuer sein. DIE LINKE for-

dert, dass künftig Kapitalerträge zum persönlichen Steuersatz statt pauschal mit einem Satz in Höhe von 25 Prozent versteuert werden.

Die mit der Unternehmensteuerreform 2008 eingeführte abgeltende Besteuerung von privaten Einkünften aus Kapitalvermögen ist ein klarer Verstoß gegen die steuerliche Gleichbehandlung aller Einkunftsarten. Sie stellt insbesondere eine deutliche Privilegierung von hohen Kapitalerträgen dar. Der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat die Einführung der Abgeltungsteuer durch die Große Koalition mit dem Spruch „Lieber 25 Prozent von x als 45 Prozent von nix“ begründet. Er meinte, die Abgeltungsteuer würde die Anreize zur Steuerhinterziehung vermindern. Langfristig würde sie daher zu einem Mehraufkommen führen. Das hat sich als Irrtum herausgestellt. Laut der letzten Steuerschätzung vom November 2012 (Bundesministerium der Finanzen 2012) wird das Aufkommen aus der Abgeltungsteuer auch noch im Jahr 2017 um rund 340 Millionen Euro unter dem ursprünglich geschätzten Aufkommen liegen – die Inflationswirkung ist dabei noch nicht einmal mit einbezogen.

6 Höhere Besteuerung von Vermögen: Erbschaftsteuer und Millionärsteuer

Kaum ein Land erzielt bei den vermögensbezogenen Steuern (Grund-, Vermögen-, Erbschaft- und Schenkungs- sowie Vermögensverkehrssteuern) so geringe Einnahmen wie Deutschland – laut OECD betrug deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 0,8 Prozent. Das ist nicht einmal die Hälfte des Durchschnitts der OECD-Länder (1,8 Prozent).¹ Zur gezielten Besteuerung hoher Vermögen fordert DIE LINKE die Wiederhebung der Vermögensteuer in Form der Millionärsteuer sowie eine Reform der Erbschaftsteuer.

6.1 Millionärsteuer (DIE LINKE 2012)

Steuerpflichtig ist ausschließlich das Privatvermögen. Wer weniger als eine Million Euro sein privates Eigen nennt, zahlt keine Steuer. Der Teil des Privatvermögens von Millionären, der oberhalb von einer Million Euro liegt, wird mit fünf Prozent besteuert.

6.2 Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer (DIE LINKE 2010)

Mit einer Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen will DIE LINKE die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen. Eckpunkte sind: Alle Begünstigten erhalten einen einheitlichen Freibetrag in Höhe von 150 000 Euro. Für Erben/-innen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, minderjährige Kinder, Hinterbliebene aus einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft oder alternativ für eine von der Erblasserin oder dem Erblasser benannte Person verdoppelt sich der Freibetrag auf 300 000 Euro. Damit ist sichergestellt, dass das durchschnittliche Wohneigentum nicht besteuert wird. Der Spitzensteuersatz der Erbschaftsteuer beträgt 60 Prozent und gilt ab einem zu versteuerndem Erbe von drei Millionen Euro zuzüglich des jeweiligen Freibetrags. Großzügige Stundungsregelungen verhindern, dass das Fortbestehen von kleinen und mittleren Unternehmen gefährdet wird.

¹ Daten abgerufen über <http://stats.oecd.org> am 1. März 2013.

7 Fazit

Eine höhere Besteuerung von Reichen und Vermögenden ist aus verteilungs-, haushalts- und wirtschaftspolitischen Gründen notwendig. DIE LINKE hat hierfür konkrete und umsetzbare Vorschläge vorgelegt. Wichtige Ergänzungen über die unmittelbare Reichenbesteuerung hinaus stellen unsere vorgeschlagenen Maßnahmen für eine effektivere Bekämpfung von Steuerbetrug sowie zur höheren Besteuerung von Unternehmensgewinnen dar. Insgesamt zeigen unsere Vorschläge, wie durch die gezielte Besteuerung der Nutznießer von massiven Steuererleichterungen und entfesselten Gewinnsteigerungsmöglichkeiten die benötigten Mehreinnahmen für die öffentliche Hand bereitgestellt werden können.

Literaturverzeichnis

- Bach, Stefan und Martin Beznoska (2012): Vermögensteuer: Erhebliches Aufkommenspotential trotz erwartbarer Ausweichreaktionen. *DIW Wochenbericht*, Nr. 42.
- Brenke, Karl und Markus M. Grabka (2011): Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt. *DIW Wochenbericht*, Nr. 45.
- Brenke, Karl und Gert G. Wagner (2013): Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. *Wirtschaftsdienst*, 2013/2.
- Bundesministerium der Finanzen (2012): Ergebnisse der Sitzungen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ 2001 bis 2012. www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/Steuerschaetzung/ergebnisse-des-arbeitskreises-steuerschaetzungen-seit-1971-anl4.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Corneo, Giacomo (2011): Die Reichen kommen zu leicht davon. *Zeit Online* vom 6. Juli 2011. www.zeit.de/wirtschaft/2011-07/interview-corneo-reichensteuer.
- DIE LINKE (2010): Antrag der Fraktion: Auswege aus der Krise: Steuerpolitische Gerechtigkeit und Handlungsfähigkeit des Staates wiederherstellen. Bundestags-Drucksache Nr. 17/2944.
- DIE LINKE (2011): Antrag der Fraktion: Die Abgeltungsteuer abschaffen – Kapitalerträge wie Löhne besteuern. Bundestags-Drucksache Nr. 17/4878.
- DIE LINKE (2012): Antrag der Fraktion: Wer Schulden bremsen will, muss Millionäre besteuern. Bundestags-Drucksache Nr. 17/8792.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2011): Aufschwung für Alle sichern! Verteilungsbericht 2011.
- Höll, Barbara, Richard Pitterle und Axel Troost (2013): „Staatschuldenkrise“ und Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand. Alternativen zur Politik der leeren Kasse. Endfassung vom 8. Januar 2013. <http://dokumente.linksfraktion.net/download/staatsschuldenkrise.pdf>
- IMK (2012): IMK-Steuerschätzung 2012–2016. IMK Report 76, Oktober 2012.
- OECD (2012): Taxing Wages: Trend zu niedrigen Steuern und Abgaben in Deutschland gebrochen. Pressemitteilung vom 25. April 2012. www.oecd.org/berlin/presse/taxingwagestrendzuniedrigerensteuernundabgabenindeutschlandgebrochen.htm
- Spiegel Online (2013): Investitionsstau von 100 Milliarden Euro: Kommunen sparen sich kaputt. *Spiegel online* vom 4. Januar. www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kommunen-ohne-neue-schulden-und-ohne-investitionen-a-875742.html

- Treeck, Till van und Simon Sturn (2012): *Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates*. Conditions of Work and Employment Series No. 39, International Labour Office.
- VallugaAG (2011): D.A.CH-Vermögensreport 2011. www.valluga.li/txt/Valluga%20D.A.CH-Verm%F6gensreport%202011.pdf